

Mehr Sicherheit, mehr Sanktionen, mehr Solidarität – mehr Stimmen?

Thierry Burkart und Gerhard Pfister wollen ihre Parteien wieder staatstragend machen

DAVID BINER, BERN

Die FDP und die Mitte sind «Ja, aber»-Parteien. Liberale und Konservative haben den Sonderbundskrieg in einen Bundesstaat kanalisiert und Konflikte fortan mit Kompromissen statt Kanonen gelöst. Die «Ja, aber»-Politik war entscheidend für den Miteinbezug der Minderheiten. Heute gilt sie oft als Schwäche. FDP und Mitte wurden von den Polparteien geschwächt und haben die Grünliberalen im Nacken. Ist die Zeitenwende auch eine Kehrtwende für sie?

Die Präsidenten von FDP und Mitte haben das potenzielle Momentum des offenen Weltenlaufs erkannt und ihre Parteien seit Kriegsbeginn entsprechend positioniert. Mehr Sicherheit, mehr Sanktionen, mehr Solidarität – mehr Stimmen bei den Wahlen 2023? Eine Tamedia-Umfrage knapp einen Monat nach Putins Angriff deutet darauf hin, dass sich eine Mehrheit der Bevölkerung eine ständige militärische Zusammenarbeit zumindest mit der EU vorstellen könnte. 75 Prozent unterstützen den Bundesrat bei der Übernahme von Sanktionen, bei Anhängern der FDP (79 Prozent) und der Mitte (86 Prozent) war der Anteil noch grösser.

Weite Würfe statt Klein-Klein

FDP und Mitte haben sich – im Gegensatz zur SP – schon vor dem Krieg ernsthaft mit Sicherheitspolitik beschäftigt, und sie haben Präsidenten, die die neue Dringlichkeit glaubhaft vermitteln können. Thierry Burkart ist Hauptmann, präsidiert die sicherheitspolitische Organisation Allianz Sicherheit Schweiz. Die enge Verbindung zur Armee war in der früheren Welt der Freisinnigen und Konservativen eine Voraussetzung für eine Politikkarriere. Seit dem Kalten Krieg verloren Armee und Abzeichen an Bedeutung. Das hat sich nun schlagartig geändert. Die Mitte wiederum hat mit Gerhard Pfister einen Präsidenten, der mit seinem Format die Partei viel grösser macht, als sie ist. Wie ein Beichtvater hat er den Bundesrat in den letzten Wochen mehrfach ins Gebet genommen und ihn aufgefordert, sich zusammenzuraufen. Offizier und Seelsorger – Burkart und Pfister wollen ihre Parteien wieder staatstragend machen.

Ob die neue Profilierungslust auch Erfolg bringt, ist noch unklar. Wie alle Bundesratsparteien haben auch FDP und Mitte in der laufenden Legislatur Sitze verloren in den Kantonalparlamenten. Die Sehnsucht nach alter Grösse bringt aber Dynamik ins bürgerliche Lager. So hat sich die Mitte Anfang März zur Mit-



Nicht nur mit Give-aways, auch mit Inhalten will die FDP punkten.

CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE



Thierry Burkart
Präsident
FDP



Gerhard Pfister
Präsident
Mitte

BILDER KEYSTONE

gliedschaft der Schweiz im Uno-Sicherheitsrat bekannt, gleichzeitig aber das Aussendepartement unter der Führung von Ignazio Cassis attackiert. Damit die Schweiz sich auf dem internationalen Parkett erfolgreich einbringen könne, brauche es «mehr Kompetenzen im Aussendepartement», hiess es in einer Mitteilung. Selbst Mitte-Mitglieder waren überrascht über die ungewohnte Breitseite ihrer Parteiführung gegen den FDP-Bundesrat. Andere wiederum waren erfreut über das neue Selbstbewusstsein.

Auch bei der FDP traut man sich seit Kriegsausbruch mehr zu. Es werden nicht mehr einzelne Wörter dis-

kutiert wie bei der Debatte um ihre Position zur Kernkraft, sondern grosse Würfe gewagt. In einem Gastbeitrag in der NZZ erörterte Thierry Burkart eine Verstärkung der strategischen Partnerschaft der Schweizer Armee mit der Nato. Damit riss er die Debattenhoheit wieder an sich, nachdem Pfister kurz zuvor bereits angeregt hatte, die Luftwaffe in die europäische Verteidigungsstrategie zu integrieren.

Lob aus Schweden und Finnland

Beide Präsidenten argumentieren in die ähnliche Stossrichtung und kämpfen unterschwellig für das Copyright der Idee. Er habe keine Mühe mit Wettbewerb, sagte Pfister in der «Samstagsrundschau» von SRF. Auch Burkart gibt sich hierzu gelassen. Die beiden sind angetreten, um ihren Parteien ein Profil zu geben. Und sie wissen genau: Nicht der Konsens belebt das politische Geschäft, sondern die Konkurrenz. Und die steht ohnehin ganz woanders.

Die Grünliberalen eilen in den kantonalen Parlamentswahlen von einem Sieg zum nächsten. In Bern etwa haben sie die

Mitte überholt und sind jetzt nahe an der FDP dran. Nicht grün, sondern Erfolg macht sexy. Auf der anderen Seite steht die SVP. Sie wirft den beiden älteren Parteien vor, die Neutralität und somit einen Teil der urschweizerischen Identität aufgegeben zu haben und sich übergeordneten Organisationen wie der EU oder der Nato annähern zu wollen. Ironischerweise bekommt die SVP dabei Argumentationshilfen aus dem Ausland.

Die Delegation des Nationalrats wurde letzte Woche bei einer Reise nach Schweden und Finnland von dortigen Politikern ausdrücklich beglückwünscht für den Schweizer Entscheid, sich klar auf die Seite der Ukraine zu stellen und die Sanktionen mitzutragen. Die Wahrnehmung im Ausland, wonach die Schweiz einen neutralitätspolitischen Paradigmenwechsel vollzogen habe, wird die SVP in ihrem innenpolitischen Kurs weiter bestärken. FDP und Mitte haben der SVP die kalte Schulter gezeigt, als sie zum runden Tisch über die Energieversorgung lud. Bei der Debatte über die Neutralitätspolitik werden sie sich ihr stellen müssen. Eine gute Gelegenheit zu zeigen, dass sie keine «Ja, aber»-Parteien mehr sind.

Nur Ja heisst Ja

Die Zustimmungslösung findet in der Bevölkerung Anklang

cog. · Ein sexueller Übergriff ist nur dann als Vergewaltigung strafbar, wenn der Täter die Frau zum Geschlechtsverkehr «nötigt, namentlich indem er sie bedroht, Gewalt anwendet, sie unter psychischen Druck setzt oder zum Widerstand unfähig macht». Mit diesem sogenannten Nötigungsprinzip definiert das Schweizer Sexualstrafrecht eine Vergewaltigung.

Die Bevölkerung scheint sich einig zu sein, dass diese Definition einer Reform bedarf. Laut einer repräsentativen Umfrage des Forschungsinstituts GfS Bern im Auftrag von Amnesty Schweiz befürworten sie lediglich 13 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer. Für die Studie befragte das Institut Anfang März über 1000 Personen. Deutlich fällt darin die Zustimmung für das «Ja heisst Ja»-Prinzip aus.

Das «Ja heisst Ja»- oder auch Konsens-Prinzip basiert auf einem eindeutigen verbalen oder nonverbalen Konsens aller beteiligten Personen. Ist dieser Konsens nicht gegeben, liegt eine Vergewaltigung vor. Fast die Hälfte der Befragten findet dies die beste Lösung, um Menschen vor sexualisierter Gewalt zu schützen. Der Zuspruch für das Konsens-Prinzip kommt dabei aus allen Altersgruppen. Zwei Drittel empfinden Schweigen nicht als Einwilligung und geben an, bereits das Prinzip des Konsenses zu leben.

Zwei Drittel schätzen sexuelle Übergriffe als ein weit verbreitetes Phänomen ein. Die Zahl nimmt aber stark ab, wenn es um das eigene Umfeld geht: Nur 22 Prozent gehen davon aus, dass dort sexuelle Übergriffe vorkommen. 88 Prozent sehen sich als nicht gefährdet. Fast die Hälfte hat aber bereits von Personen erfahren, die davon betroffen sind. Die Wahrnehmung variiert jedoch stark nach Alter und Geschlecht. Junge Frauen und nichtbinäre Personen fühlen sich am meisten gefährdet, sexualisierte Gewalt zu erfahren.

Die Studie befragte die Personen auch zur Wahrnehmung des anderen Geschlechts. Ein Drittel findet, dass männliche Sexualität von Natur aus impulsiv und unkontrollierbar sei. 23 Prozent empfinden Dominanz als männlich und attraktiv. 17 Prozent sind der Meinung, dass Frauen oft «Ja» meinen, auch wenn sie «Nein» sagen. Etwas mehr als ein Drittel findet, dass Männer oft fälschlicherweise des sexuellen Missbrauchs beschuldigt würden. Gerade 7 Prozent sagen aus, dass sie im Schulunterricht über Einwilligung und sexuelle Rechte aufgeklärt worden seien.

Nebst der Zustimmungslösung diskutiert die Politik derzeit eine weitere Alternative zum geltenden Gesetz: Nach der sogenannten Ablehnungslösung liegt nur dann eine Vergewaltigung vor, wenn die Person explizit ihre Ablehnung zum Geschlechtsverkehr geäussert hat. Laut der Studie empfinden dies aber nur 27 Prozent der Befragten als einen ausreichenden Schutz vor sexualisierter Gewalt.

Jung – aber nicht die Jüngste

Überraschend wurde die 29-jährige Valérie Dittli in den Waadtländer Staatsrat gewählt – sie tritt damit in einen exklusiven und angestaubten Kreis ein

ANTONIO FUMAGALLI, LAUSANNE

Kurz vor 15 Uhr war am Sonntag die Sensation perfekt: Valérie Dittli, die Präsidentin der Mitte Waadt, konnte sich als neues Mitglied der siebenköpfigen Waadtländer Kantonsregierung feiern lassen. Noch vor wenigen Wochen hätte kaum jemand damit gerechnet, denn nie zuvor ist sie in ein politisches Amt gewählt worden. Bei zwei Anläufen für Parlamentswahlen auf städtischer wie kantonalen Ebene war sie gescheitert.

Dittli dürfte Polit-Erfahrung hat damit zu tun, dass die Mitte in der Waadt eine Kleinstpartei ist – aber auch schlicht mit ihrem Alter. Gerade einmal 29 Jahre alt ist die gebürtige Zugerin. Allzu viele Gelegenheiten, bei Wahlen zu kandidieren, hatte sie in ihrem (Erwachsenen-) Leben noch gar nicht.

29 Jahre ist für ein kantonales Exekutivmandat extrem jung, darin waren sich die Beobachter im Waadtländer Wahlzentrum am Sonntag einig. Ist Dittli

womöglich gar die jüngste Staats- bzw. Regierungsrätin aller Zeiten?

Daten nur ab 1966

Anfrage also ans Bundesamt für Statistik. Dieses muss jedoch passen. «Unsere Wahlstatistik verfügt leider nicht über die nötigen Daten, um Ihre Anfrage zu beantworten», heisst es aus Neuenburg. Die Statistikämter der Kantone könnten die Informationen wohl aus ihren Datenbanken filtern, doch der Aufwand wäre erheblich. Etwas Abhilfe schafft das an der Uni Bern angesiedelte Projekt «Année Politique Suisse» (APS). Dieses zeichnet die wichtigsten Entwicklungen der Schweizer Politik akribisch auf – aber eben auch nur für die letzten Jahrzehnte. Der erste Eintrag in der Chronik des APS betrifft das Jahr 1966.

Daraus geht hervor, dass es seit jenem Jahr – neben Dittli – lediglich ein einziges kantonales Regierungsmitglied unter 30 Jahren gab: Pierre Kohler, das frühere



KEYSTONE

Valérie Dittli
Staatsrätin
Waadtland

Enfant terrible der CVP. Bei seiner Wahl in den jurassischen Staatsrat 1993 war er 29 Jahre und vier Monate alt, also noch zwei Monate jünger als nun Dittli.

Doch auch ohne Kohler wäre Dittli nicht das jüngste Regierungsmitglied in der Geschichte der Kantone. Eine abschliessende Übersicht ist nicht möglich, aber es zeigt sich, dass zumindest im 19. Jahrhundert mehrere Regierungsräte noch in ihren Zwanzigern das Amt angetreten haben. Die männliche Form wird bewusst verwendet: Erst 1983 wurde mit der Zürcherin Hedi Lang die erste Regierungsrätin gewählt. Kan-

tonübergreifend sind die Frauen noch immer eine klare Minderheit – gerade die Waadt ist mit fünf Staatsrätinnen bei nur zwei Staatsräten jedoch die Ausnahme, welche die Regel bestätigt.

Der «ewige Polizeidirektor»

Wer den «Titel» des jüngsten Regierungsrats der Schweiz für sich beanspruchen kann, muss also offenbleiben. Franz Durrer wäre aber zumindest ein heisser Anwärter darauf: Im Alter von zarten 25 Jahren wurde der Stanser 1815 in die Obwaldner Regierung gewählt und blieb dort derart lange – 35 Jahre –, dass er gemäss dem «Historischen Lexikon der Schweiz» (HLS) im Volk schlicht als «ewiger Polizeidirektor» bekannt war.

Auch die jüngsten Bundesräte lebten – mit Ausnahme der zum Zeitpunkt der Wahl 34-jährigen Ruth Metzler – alle im 19. Jahrhundert. Sie hatten in der Regel zuvor bereits eine kantonale Exekutivfunktion inne. Numa Droz, der mit

nur gerade 31 Jahren Bundesrat wurde, war mit 27 Jahren Neuenburger Staatsrat. Der zweitjüngste Bundesrat, der Berner Jakob Stämpfli, war seinerseits 26 Jahre alt bei seiner Wahl in die Kantonsregierung. Jung waren auch Wilhelm Naeff (28 Jahre) und Constant Fornerod (29 Jahre). Ihnen gemeinsam ist, dass sie in Zeiten von grossen Umbrüchen mit entsprechenden parteipolitischen Umschichtungen ins Amt gewählt worden sind – so wie bis zu einem gewissen Grad nun auch im Fall von Valérie Dittli.

Ihnen gegenüber sind derzeit amtierende Staats- bzw. Regierungsräte wie der Walliser Mathias Reynard (34 Jahre) oder der Zürcher Martin Neukom (35 Jahre) geradezu alt. Glücklicherweise ist mittlerweile auch die Lebenserwartung deutlich höher. Sie werden sich also früher als die teilweise jahrzehntlang amtierenden Herren aus dem 19. Jahrhundert fragen müssen: Was mache ich eigentlich in meinem Leben nach der Politik?